



European Economic and Social Committee

EWSA info

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss

Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft

Mai 2018 | DE

Verfügbare Sprachfassungen:

bg cs da de el en es et fi fr hr hu it lt lv mt nl pl pt ro sk sl sv

Grußwort

Lassen Sie uns die Ärmel hochkrepeln und erfolgreiche Ideen für die Zukunft Europas entwickeln



Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, dieses erste Grußwort in meiner Eigenschaft als neu gewählter Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses unterzeichnen zu können. Als Präsident werde ich die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des EWSA auf unserer Plenartagung am 24. Mai leiten.

Wenn Sie diese Zeilen lesen, werden wir gerade die Vorbereitungen für dieses wichtige Ereignis abschließen. Die Feierlichkeiten werden Gelegenheit bieten, die wichtigsten Momente in der Geschichte des Ausschusses in Erinnerung zu rufen, doch waren wir uns von Anfang an einig, dass wir bei dieser Feier den Blick mehr nach vorn als zurück richten wollen.

Gegenstand unserer Überlegungen und Gespräche wird daher vielmehr die Zukunft des EWSA und nicht die Erinnerung an seine Vergangenheit sein. Wir werden die Bedeutung des EWSA im Europa unserer Tage bekräftigen, indem wir führende EU-Politiker und weitere wichtige Persönlichkeiten, die die jüngste Geschichte der EU geprägt haben, einladen, um mit uns über die Zukunft Europas zu debattieren.

Welche Rolle kann der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss im Europa der Gegenwart und der Zukunft spielen? Ich denke, dass der EWSA dazu beitragen kann, ein Europa, das sich um die Menschen kümmert und sie schützt, zu schaffen, denn dies ist es doch, wonach die Menschen derzeit mit so viel Nachdruck verlangen. Die Daseinsberechtigung aller politischen Körperschaften wie Regionen, Staaten und supranationale Organisationen steht und fällt mit ihrer Fähigkeit, diese doppelte Forderung zu erfüllen.

Die Bereitschaft der EU, dieser Aufgabe nachzukommen, wird derzeit vielerorts infrage gestellt. Wir müssen überlegen, wie wir praktische, funktionierende Antworten geben können, und dürfen den Populisten, Protektionisten und Extremisten nicht das Feld überlassen, damit sie den Menschen vorgaukeln, sie hätten die besseren Rezepte.

Der EWSA vertritt die große Mehrzahl der Europäer – Unternehmen, Arbeitnehmer, Landwirte, Verbraucher, Stiftungen, Genossenschaften usw. –, und all diese Verbände müssen Antworten für die Probleme und Bedürfnisse ihrer Mitglieder entwickeln. Gelingt ihnen das nicht, steht ihr Überleben infrage.

Diese positiven Kräfte müssen wir bündeln, um ein Europa zu schaffen, das sich um die Menschen kümmert und schützt, und um einem gefährlichen Abdriften der EU entgegenzuwirken. Die Geschichte lehrt uns, dass es schlimme Folgen haben kann, wenn die große Mehrheit schweigt. Es liegt im Interesse der Zivilgesellschaft, Probleme anzusprechen und bei der Suche nach Lösungen zur Sicherung der Zukunft für unsere Familien, unsere Arbeitnehmer, unsere Bürger und unsere Gemeinschaften aktiv zu werden. Lassen Sie uns deshalb die Ärmel hochkrepeln und positive und erfolgreiche Ideen für die Zukunft Europas entwickeln!

Luca Jahier

Präsident des EWSA

Bitte vormerken

4/06/2018

Brüssel

3. Europäischer Tag der Unternehmen der Sozialwirtschaft

18/06/2018

Brüssel

3. Europäischer Tag der Unternehmen der Sozialwirtschaft

Brüssel

3. Europäischer Tag der Unternehmen der Sozialwirtschaft

Kurz notiert

Tag der offenen Tür, ein einmaliger Einblick in die Arbeit des EWSA



Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) öffnete am **Samstag, den 5. Mai 2018**, anlässlich des Europatags seine Türen für die Öffentlichkeit. Er stellte den Besuchern seine Tätigkeiten vor, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Kultur lag, da 2018 das Europäische Jahr des Kulturerbes ist.

Am Tag der offenen Tür des EWSA hatten die Bürgerinnen und Bürger die einmalige Gelegenheit, einen Einblick in die Arbeit der Einrichtung zu erhalten, die als einzige die organisierte Zivilgesellschaft in Europa vertritt und in der Arbeitgeber, Gewerkschaften und Gruppen wie Berufsverbände, lokale Gruppen, Jugendorganisationen, Frauengruppen, Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen und viele mehr zusammenkommen.

Den ganzen Tag hatten Besucher und Journalisten die Möglichkeit, mehr über den EWSA zu erfahren und sich mit seinen Mitgliedern über die Rolle der Zivilgesellschaft im europäischen Beschlussfassungsprozess sowie über konkrete Themen wie die Stärkung der Wirtschaft, den Kampf gegen die geplante Obsoleszenz, die Cybersicherheit, die partizipative Demokratie und die Mehrsprachigkeit auszutauschen. (mp)

Jordanien ist ein Schlüsselpartner für die Stabilität in den Nachbarländern der EU



Eine Delegation des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses traf Vertreter der lokalen Zivilgesellschaft und der Regierung am 26./27. März in Amman. Im Mittelpunkt der Diskussionen während des Besuchs standen die Schwierigkeiten, die sich für Jordanien aus der instabilen Lage in der Region ergeben. Die EWSA-Delegation stellte fest, dass internationale Unterstützung und spezifische Maßnahmen dringend erforderlich sind, da das Land in den letzten Jahren ein umfassendes Konzept für den massiven Zustrom von Menschen entwickelt hat, die vor dem Krieg in Syrien fliehen.

In mehreren Sitzungen brachten die EWSA-Mitglieder die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Ernennung der Mitglieder des jordanischen Wirtschafts- und Sozialrates so bald wie möglich erfolgen könnte, um eine repräsentative Institution einzurichten, der Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft angehören. Die EWSA-Delegation des EWSA unterstrich, dass der jordanische WSR und die Anhörung der organisierten Zivilgesellschaft im politischen Prozess wichtig sind, um inklusive und nachhaltige Lösungen für die aktuellen Probleme des Landes zu finden. (sg)

Diskussion der Zivilgesellschaft der EU und Georgiens über die Situation der KMU und die Lebensmittelsicherheit in Georgien

Die jüngste Sitzung der Plattform der Zivilgesellschaft EU-Georgien fand am 22. März in Tiflis statt. Die Mitglieder der Plattform erörterten die Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Georgien und nahmen eine gemeinsame Erklärung an. Die Plattform begrüßte die Ankündigung vom März, wonach es möglicherweise ein neues Format für eine sektorspezifische bilaterale Zusammenarbeit auf höherer Ebene zwischen der EU und Georgien geben soll. Ebenfalls begrüßte sie die Aufhebung der Visumpflicht für kurze Aufenthalte, von der bereits viele georgische Staatsbürger Gebrauch machen konnten.

In der gemeinsamen Erklärung wurden auch die Fortschritte bei der Verbesserung des Unternehmensklimas für die KMU in Georgien gewürdigt, allerdings verbunden mit einem Appell an die Regierung, noch besser auf die Bedürfnisse der KMU einzugehen. Die



Plattform bemängelte das Fehlen geschlechtsspezifischer Bestimmungen und Vorschriften zur Gewährleistung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit im georgischen Arbeitsrecht. Die Mitglieder lobten die Bemühungen der Behörden um ein besseres nationales System für Lebensmittelsicherheit, wiesen allerdings darauf hin, dass noch mehr getan werden müsse, um die Rückverfolgbarkeit unsicherer Lebensmittel zu gewährleisten.(sg)

Plattform der Zivilgesellschaft EU-Ukraine besorgt über die Zunahme von Niedriglöhnen in der Ukraine



Die Plattform der Zivilgesellschaft EU-Ukraine fordert Kiew auf, in verschiedenen Bereichen konsequent Reformen durchzuführen und dabei den Themen Niedriglohn und Armut höchste Priorität einzuräumen. Diese Fragen standen im Mittelpunkt der sechsten Sitzung der Plattform in Brüssel, in der die Mitglieder die Fortschritte bei der Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine, die Bedeutung der Höhe des Arbeitsentgelts für eine erfolgreiche Verringerung der Armut, die Auswirkungen niedriger Löhne auf die Arbeitsmigration sowie den Klimawandel erörterten.

Die Plattform zeigte sich erfreut über den neuen Aktionsplan, den die ukrainische Regierung zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens verabschiedet hat. Die Mitglieder räumten allerdings ein, dass in verschiedenen Bereichen konsequent Reformen durchgeführt werden müssten. Sie stellten ferner fest, dass sich trotz der Zusagen der ukrainischen Seite die negativen Tendenzen in Bezug auf das niedrige Lohnniveau in der Ukraine weiter verstärkt hätten. Die Teilnehmer forderten die Ukraine auf, einige Bestimmungen des Gesetzes zur Korruptionsbekämpfung zurückzuziehen. In ihrer gemeinsamen Erklärung verurteilte die Zivilgesellschaft der EU und der Ukraine darüber hinaus die auf der Krim abgehaltenen Wahlen vom März 2018 als rechtswidrig.(ia)

Serbien und EU müssen Anstrengungen intensivieren, damit EU-Beitritt bis 2025 machbar bleibt



Die jüngste Sitzung des Gemischten Beratenden Ausschusses der Zivilgesellschaft EU-Serbien (GBA) fand am 12. April in Brüssel statt. Die GBA-Mitglieder debattierten über den aktuellen Stand der EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien und die noch zu leistende Arbeit und nahmen eine Schlusserklärung an. Darin wird Serbien als eines der beiden Bewerberländer des Westbalkans mit Vorreiterrolle anerkannt.

Die Vertreter der Zivilgesellschaft forderten die serbischen Behörden nachdrücklich dazu auf, sich weiter für die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, die Grundrechte, eine Justizreform, die Bekämpfung von Korruption sowie für die Pressefreiheit einzusetzen. Es wurde empfohlen, unter Einbindung aller relevanten Akteure eine Arbeitsgruppe für soziales Unternehmertum einzurichten und eine Strategie für soziales Unternehmertum in Serbien zu erarbeiten. In der Schlusserklärung wurde zudem die neue Form des strukturierten Dialogs zwischen der serbischen Regierung und der Zivilgesellschaft begrüßt. Nichtsdestoweniger wurde die serbische Regierung aufgefordert, alle relevanten Interessenträger wirksamer in die Planung politischer Maßnahmen einzubinden. (sg)

In Europa lebende Roma mit Diskriminierung und ethnischen Profiling konfrontiert

Die größte Minderheit in Europa, der mehr als zehn Millionen Menschen angehören, wird in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach wie vor diskriminiert und ausgegrenzt. Menschenrechtsorganisationen und EU-Entscheidungsträger kamen im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zusammen und machten darauf aufmerksam, dass die Polizei bei Roma vielfach noch immer ethnische Profiling anwendet. Im Rahmen der dritten Europäischen Woche der Roma, die von den EU-Institutionen vom 8. bis 12. April in Brüssel ausgerichtet wurde, fand eine öffentliche Anhörung zum Thema „Umgang mit Antiziganismus im ethnischen Profiling“ statt.

Die Teilnehmer betonten, dass das größte Problem für Roma insbesondere in Mittel- und Osteuropa ihre unzureichende gesellschaftliche Integration bleibt und dass dies in den meisten Fällen zu Armut führt. Die Redner wiesen auch auf die Zunahme von ethnischen Profiling im Zuge von Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und migrationsbedingten Grenzkontrollen hin und



unterstrichen, dass von diesem relativ neuen Trend u. a. die Gruppe der Roma betroffen ist. (ia)

Forum der Zivilgesellschaft fordert konkrete Schritte zur Schließung der digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern und zur Verbesserung der Arbeitsnormen



Das im Rahmen des Freihandelsabkommens EU-Korea eingerichtete Forum der Zivilgesellschaft hielt am 11. April in Seoul unter der Leitung der Ko-Vorsitzenden Lee Ho-Geun und Georgi Stoev seine sechste Sitzung ab. In ihrer gemeinsamen Erklärung betonten die beiden Vorsitzenden, dass das ungewisse geopolitische Umfeld neue Herausforderungen für die Beziehungen zwischen der EU und Korea mit sich bringt. Sie riefen dazu auf, in der Region gemeinsame Werte und Interessen zu fördern und die Partnerschaft zwischen der Republik Korea und der EU besser auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger abzustimmen.

Das Forum der Zivilgesellschaft empfahl, dass die wichtigsten emissionsintensiven Wirtschaftszweige in Korea und der EU die neuen Modelle für die Kreislaufwirtschaft anwenden sollten, um zu einer CO₂-armen Wirtschaft und zur Verbesserung der Lebensqualität beizutragen. Beide Seiten verpflichteten sich, auf eine nachhaltige und integrative Weltwirtschaft hinzuarbeiten. Sie einigten sich darauf, dass die Lohngleichheit

sowohl für die EU als auch für Korea zu den wichtigsten Prioritäten zählen sollte. Außerdem hob das Forum hervor, dass ein konstruktiver sozialer Dialog mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern über die Beschäftigung, die Arbeitspolitik und das Arbeitsrecht geführt werden muss. (sg)

Neue Veröffentlichungen

Neu aufgelegt: „Entdecken Sie, was der EWSA für Sie tun kann!“



Die Broschüre wird zunächst in sechs Sprachfassungen (DE, EN, ES, FR, IT und NL) sowohl in gedruckter Form als auch auf dem Internetportal des EWSA verfügbar sein: Die 17 weiteren EU-Amtssprachen folgen demnächst. [\[Link\]](#)

Papierfassungen können angefordert werden bei vipcese@eesc.europa.eu.

Digitale Veröffentlichung - Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) - 60 Jahre Einsatz



Die Zivilgesellschaft im Einsatz für die Zukunft Europas

Der Ausschuss wurde 1957 durch die Römischen Verträge eingesetzt und kam **vor 60 Jahren, am 19. Mai 1958, zu seiner ersten Plenartagung zusammen**. Seitdem ist die Geschichte des Ausschusses mit der europäischen Integration verbunden, für die er sich unermüdlich einsetzt.

Diese **digitale Veröffentlichung** folgt dem Ausschuss auf seinen 60 Jahren im Einsatz für die Teilhabe der Zivilgesellschaft in all ihrer Vielfalt am Aufbau Europas und zeigt **seine Erfolge, seine größten**

Errungenschaften, seine ganz besondere Rolle sowie seine **Vision für die Zukunft Europas** auf.

Diese lebendige, mit Multimedia-Inhalten (insbesondere Videos und Infografiken) angereicherte Veröffentlichung **ist sowohl für ein Fachpublikum** (Medien, Organisationen der Zivilgesellschaft, nationale Wirtschafts- und Sozialräte, andere Institutionen, Universitäten und Hochschulen usw.) **wie auch für die breite Öffentlichkeit gedacht**. Die Veröffentlichung soll kontinuierlich ergänzt werden und **den einzigartigen Beitrag des EWSA** – wie auch der organisierten Zivilgesellschaft, die er vertritt – zur Förderung der partizipativen Demokratie **in der europäischen Integration hervorheben**.

Sie ist für mobile Geräte (Tablets und langfristig Smartphones) geeignet und kann zunächst in drei Sprachen (EN, FR und DE) auf der Website des Ausschusses abgerufen werden. (fgr)

Aktuelles

Bürgerinnen und Bürger im Zentrum der Debatte über die Zukunft Europas



An zwei Tagen (5./6. Mai) öffnete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss als Vertreter der Zivilgesellschaft seine Türen für die [„Konsultationen der Bürgerinnen und Bürger zu Europa“](#), an denen ca. 100 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen, die die Vielfalt der 27 EU-Mitgliedstaaten (ohne das Vereinigte Königreich) repräsentierten.

Dieses Treffen war von der Europäischen Kommission auf Anregung der französischen Regierung und in Partnerschaft mit dem EWSA initiiert worden, der Gastgeber dieser „Premiere“ sein durfte.

Die Teilnehmer der Bürgerkonsultationen äußerten ihre Sorgen, Befürchtungen und Hoffnungen zum Europa von morgen. Aus ihren Beiträgen wurde ein Katalog mit 12 Fragen entwickelt, die den Europäerinnen und Europäern am Herzen liegen. Sie betreffen alle Lebensbereiche, wie etwa Arbeitslosigkeit, Bildung, Migration, Umwelt, Gesundheit, Verteidigung und Sicherheit. Kurzum hatte jeder Bürger die Gelegenheit, sich zur Zukunft Europas zu äußern.

Seit dem 9. Mai ist der Fragebogen als „europaweites Instrument“ Gegenstand der von der Europäischen Kommission durchgeführten Online-Konsultation mit Blick auf den EU-Gipfel im Mai 2019 in Sibiu, an der sich alle Bürgerinnen und Bürger der EU beteiligen können.

EWSA-Präsident Luca Jahier hob die Besonderheit dieses Projekts hervor, bei dem der Weg "im Gehen entsteht". Außerdem betonte er, dass über die von den Bürgern in Europa vorgeschlagenen Themen eine Debatte geführt werden müsse. Ferner versicherte der Präsident den Teilnehmern der Bürgerkonsultationen, dass ihre Ansichten gehört würden: *„Die Vielfalt der Meinungen, der kulturelle und sprachliche Kontext schaffen den Reichtum unseres europäischen Raums.“*

Nach Auffassung von Thierry Libaert, Mitglied der Gruppe III, dürfen die Bürgerkonsultationen nach der Abreise aus Brüssel nicht einfach in der Schublade verschwinden. Sie müssten überall dort fortgesetzt werden, wo die Teilnehmer erneut zusammentreffen, um dieses Projekt mit den EWSA-Mitgliedern in ihren eigenen Mitgliedstaaten weiterzuführen.

Die Idee, die Bürgerkonsultationen auszurichten, entstand auf der Plenartagung des EWSA im Februar 2018. Auf dieser Plenartagung war Nathalie Loiseau, die französische Ministerin für europäische Angelegenheiten, zu Gast und erläuterte den von Präsident Macron vorgeschlagenen Prozess der Konsultationen zu Europa. Vor diesem Hintergrund schlugen Georges Dassis (der scheidende EWSA-Präsident) und Luca Jahier (der neue Präsident) vor, der EWSA solle sich aktiv und unverzüglich beteiligen, und sie verwiesen dabei auf die erfolgreichen Ergebnisse der 2017 vom EWSA in den Mitgliedstaaten durchgeführten Konsultationen im Rahmen des Weißbuchs von Jean-Claude Juncker zur Zukunft Europas. (ehp)

EU muss der Integration des Westbalkans weiterhin hohe Priorität einräumen



Die EU-Erweiterung und insbesondere die Verbreitung der demokratischen Werte und Rechtsnormen der EU im Westbalkanraum liegt im Interesse sowohl der Westbalkanländer selbst als auch der EU, unterstrich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in seiner Stellungnahme [Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt und europäische Integration auf dem Westbalkan](#), die am 19. April auf seiner Plenartagung verabschiedet wurde.

„Es ist entscheidend, dass die EU den Beitritt der Westbalkanländer weiterhin als Priorität behandelt“, betonte der Berichterstatter der EWSA-Stellungnahme, **Andrej Zorko**. „Die Verbreitung der Werte der EU in der Region garantiert Sicherheit und Stabilität und fördert die soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in diesen Ländern. Und das wiederum bringt auch der EU Stabilität und Sicherheit. Es ist sehr wichtig, dass die Zivilgesellschaft, einschließlich der Sozialpartner, aktiv daran mitwirkt.“

Korruption, organisierte Kriminalität, die allgemeine Schwäche staatlicher Institutionen und des Rechtsstaats und die Diskriminierung von Minderheiten sind nur einige der Probleme, vor denen die Westbalkanländer stehen. Ihre Volkswirtschaften wachsen zwar, doch gehören die sechs Länder immer noch zu den ärmsten Europas. Bis zu einer vollständigen Angleichung an den Lebensstandard der EU könnten bis zu 40 Jahre vergehen. Der EWSA empfiehlt der Europäischen Kommission daher, gezielte Programme für eine raschere soziale und wirtschaftliche Konvergenz des Westbalkans auszuarbeiten.

„Der EU-Beitrittsprozess stellt für die Länder des Westbalkans nach wie vor einen bedeutenden Anreiz zu Reformen dar“, so der Mitberichterstatter der EWSA-Stellungnahme, **Dimitris Dimitriadis**. „Den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der durchgeführten Reformen wird angesichts der erheblichen Unterschiede, die bei der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit der Bevölkerung zwischen den Mitgliedstaaten der EU einerseits und den Bewerberländern andererseits bestehen, zu wenig Beachtung geschenkt. Der EWSA empfiehlt daher, bei der Prüfung der Erfüllung der Kriterien für den EU-Beitritt auch den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zu bewerten.“ (sg)

Klare Positionierung der EU entscheidend für Fortbestand der meeres-technischen Industrie Europas



EWSA fordert in seiner Stellungnahme eine starke Industriepolitik auf Gegenseitigkeit

„Die Europäische Kommission muss eine starke Industriepolitik auf der Grundlage von Gegenseitigkeit umsetzen, sonst ist die meeres-technische Industrie Europas dem Wettbewerb mit den asiatischen Werften nicht gewachsen“, warnte [Marian Krzaklewski](#), der für die auf der Plenartagung am 19. April verabschiedete Stellungnahme des EWSA zu der [Strategie LeaderSHIP](#) als Berichterstatter fungierte.

Der EWSA fordert die Kommission nachdrücklich dazu auf, die Strategie LeaderSHIP 2020 schneller umzusetzen und zentrale Empfehlungen auf die neue Strategie LeaderSHIP 2030 zu übertragen.

„Europa braucht einen spezifischen Ansatz für die Schiffbauindustrie und den Schiffsausrüstungsbau. Wie China, die Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea sollten auch die europäischen Entscheidungsträger erkennen, dass dies strategische Bereiche der europäischen Wirtschaft sind“, betonte Ko-Berichterstatter [Patrizio Pesci](#).

Ein solcher Ansatz könnte u.a. Folgendes einschließen:

- ein umfassendes OECD-Abkommens, in dem Regeln für Beihilfen und eventuell Preisdisziplin festgelegt sind,
- Gegenseitigkeit zwischen Europa und Drittländern als Leitprinzip sowohl in bilateralen als auch multilateralen Handelsverhandlungen;
- ein spezifisches Finanzierungsinstrument, das Investitionen in diese Branche mit ihrem hohem Kapitalrisiko fördern würde.

Die europäische meeres-technische Industrie ist ein strategischer Schlüsselfaktor für Europa, jedoch mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert, nicht zuletzt aufgrund der protektionistischen Maßnahmen der ostasiatischen Wettbewerber.

Die 300 europäischen Werften haben 200 000 Beschäftigte und erwirtschaften einen Jahresumsatz in Höhe von ca. 31 Milliarden Euro. Es gibt etwa 22 000 große, kleine und mittlere Unternehmen, die Schiffsausrüstung herstellen und liefern und einen Jahresumsatz von ca. 60 Milliarden Euro erwirtschaften. Sie beschäftigen direkt mehr als 350 000 Menschen und ihr Anteil am Weltmarkt beträgt etwa 50 %. (sma)

Soziales Triple A für EU erfordert politisches Engagement und angemessene Finanzmittel



Der EWSA fordert die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Verbesserungen in den Mitgliedstaaten und eine entschlossene Verpflichtung in den Bereichen Haushalt, Investitionen und laufende Ausgaben sind notwendig, um die Säule sozialer Rechte zu verwirklichen.

Die schrittweise Umsetzung der sozialen Säule erfordert nicht nur die Verpflichtung seitens der Mitgliedstaaten, sondern auch die aktive Teilhabe, Verantwortung und Beteiligung aller weiteren Interessenträger – und angemessene Finanzierungsmaßnahmen, die das widerspiegeln.

„Die Schlüsselemente für die Finanzierung sind **mehr Flexibilität bei den Haushaltsvorschriften der EU für öffentliche Investitionen, die uneingeschränkte Nutzung der europäischen Strukturfonds und Steuergerechtigkeit**“, erklärt **Anne Demelenne** (Gruppe Arbeitnehmer, BE), die Berichterstatterin für die [Stellungnahme](#) zu dem Thema.

Der EWSA ist überzeugt, dass **angemessene Sozialinvestitionen** von entscheidender Bedeutung für die Fähigkeit der Mitgliedstaaten sind, die festgelegten Ziele zu erreichen. Spielräume für entsprechende Ausgaben innerhalb der Mitgliedstaaten könnten mithilfe von EU-Programmen geschaffen werden. Bestehende europäische Instrumente sollten genutzt werden, um die öffentlichen Investitionen in den Mitgliedstaaten zu unterstützen.

Anne Demelenne betont: „Die Grundsätze der sozialen Säule und die Notwendigkeit ihrer Umsetzung sollten bei den Verhandlungen des nächsten **mehrfährigen Finanzrahmens der EU für die Zeit nach 2020 eine der Leitlinien bilden**. Wir dringen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament darauf, die derzeitige Obergrenze für EU-Ausgaben von 1 % anzuheben.“

Höhere öffentliche Investitionen innerhalb der Mitgliedstaaten ließen sich auch durch eine **geeignete Steuerpolitik** und die Anwendung einer **goldenen Regel für öffentliche Investitionen mit einer sozialen Zielsetzung** erleichtern. Neben nationalen öffentlichen Mitteln und EU-Mitteln könnten nach Auffassung des EWSA in einigen Bereichen **Investitionen des Privatsektors** einen Beitrag leisten. (jk)

Der EWSA umreißt weitere Maßnahmen, die für eine stabile, wohlhabende und widerstandsfähige WWU notwendig sind

Der EWSA ist fest davon überzeugt, dass die WWU derzeit nicht widerstandsfähig und stabil genug ist, um künftige Krisen wirksam bewältigen zu können. In seinem Einsatz für die Vollendung der WWU fordert er die Entscheidungsträger auf, eine breiter angelegte und raschere politische Einigung darüber zu erzielen, wie das letztliche Ziel einer vertieften und echten WWU erreicht werden kann.

„Weitere Schritte bei der WWU müssen auf einem soliden gemeinsamen Standpunkt aller Mitgliedstaaten beruhen. Eine gemeinsame strategische Vision fehlt jedoch in der aktuellen politischen Debatte“, so EWSA-Berichterstatter [Mihai Ivaşcu](#), Berichterstatter für die [EWSA-Stellungnahme](#) zum [Paket zur Wirtschafts- und Währungsunion](#) der Europäischen Kommission.

Stefano Palmieri, Vorsitzender der Fachgruppe ECO und Mitberichterstatter, fügte hinzu: „Die Vollendung der WWU erfordert in erster Linie ein starkes politisches Engagement, eine effiziente Steuerung und eine bessere Nutzung der verfügbaren Finanzmittel. Es gilt, neue Finanzinstrumente zur Krisenprävention und Abfederung prozyklischer Maßnahmen zu entwickeln.“



Der EWSA stellt in seiner Stellungnahme unter anderem klar, dass der **Europäische Währungsfonds** nicht die Wirkung eines „goldenen Fallschirms“ haben darf. Vielmehr sollte seine Aufgabe darin bestehen, Bankenkrisen zu verhindern, die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen und Schocks abzufedern.

Außerdem schlägt der EWSA vor, die vorgeschlagenen neuen Haushaltsinstrumente, d. h. die makroökonomische Stabilisierungsfunktion für den Euroraum und eine spezifische

Konvergenzfazilität für Mitgliedstaaten, die sich auf dem Weg zur Einführung des Euro befinden, in den EU-Haushalt einzubinden.

Der EWSA verabschiedete als Reaktion auf die Kommissionsvorschläge eine eigene Stellungnahme zu der [Unterstützung von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten](#).

In dieser Stellungnahme schlägt der EWSA unter anderem vor, eine klare Strategie für das Programm zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP) zu entwickeln und dessen Finanzausstattung zu erhöhen, ohne die Mittelausstattung anderer, ebenso wichtiger Fonds zu schmälern.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer [Website](#). (jk)

Ausländische Direktinvestitionen müssen überprüft werden, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten und die öffentliche Ordnung in der EU zu schützen



Ausländische Direktinvestitionen sind eine wichtige Quelle für Wachstum, Beschäftigung und Innovation und waren immer schon ein tragendes Element der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der EU. Gleichwohl bergen sie auch mögliche Gefahren für die nationale Sicherheit. Daher ist ein angemessener Rahmen für die Überprüfung solcher Investitionen erforderlich.

„**Ausländische Direktinvestitionen in Schlüsseltechnologien und sensible Infrastruktur wie Energie- und Wasserversorgung sowie Finanzdienstleistungen müssen kontrolliert werden**“, so **Christian Bäuml**, Berichterstatter des EWSA für die Stellungnahme zum Thema Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen. Diese wurde vom EWSA auf seiner Plenartagung am 19. April verabschiedet. **Die Überprüfung von Investitionen in Unternehmen, die für die nationale Sicherheit und die öffentliche**

Ordnung in der EU von strategischer Bedeutung sind, ist lückenhaft und unkoordiniert. Nicht alle Mitgliedstaaten verfügen über Überprüfungsmechanismen – in Ländern ohne solche Verfahren werden Investitionen nicht überprüft. Der EWSA betont, dass ein System auf EU-Ebene diese Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten angehen und gleichzeitig den Schutz der nationalen und europäischen Interessen garantieren muss.

In den vergangenen zehn Jahren ist ein Anstieg der Investitionen aus Drittstaaten in die EU festzustellen – zumeist aus den USA, Kanada, der Schweiz, gefolgt von Brasilien, China und Russland. Es besteht die Sorge, dass einige ausländische Investoren, insbesondere staatliche Investoren, am Erwerb europäischer Unternehmen, die über Schlüsseltechnologien verfügen, interessiert sind und in strategische Industriezweige, Infrastrukturen und andere Vermögenswerte investieren, die für die Gewährleistung der Sicherheit der Mitgliedstaaten und der gesamten EU wichtig sind.

Der EWSA begrüßt den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung von ausländischen Direktinvestitionen in der EU. Er weist jedoch darauf hin, dass das Ausmaß des Problems noch nicht in vollem Umfang bekannt ist, da die Kommission keine umfassende Folgenabschätzung bezüglich der Investitionsströme durchgeführt hat.

„**Der vorgeschlagene Überprüfungsmechanismus der EU ist ein Schritt in die richtige Richtung, kann aber die Interessen der EU und der Mitgliedstaaten dennoch nicht umfassend schützen. In so einem Fall und in dieser Phase darf das System nicht schwerfällig, zeitaufwändig und kostspielig sein**“, so der EWSA-Mitberichterstatter **Gintaras Morkis**. (sg)

EWSA fordert Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an europäischer Energieunion



Der EWSA unterstützt nachdrücklich die Ziele des Projekts Energieunion und ermutigt die Gesellschaft der EU, ihre Rolle im Rahmen der Energieunion umfassend wahrzunehmen. Die Energieunion beinhaltet mehr als nur Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik und bietet Gelegenheit, Europa demokratischer, geeinter, wettbewerbsfähiger und gerechter zu gestalten. Wichtige Voraussetzung hierfür ist ein effektiver Energiedialog mit der organisierten Zivilgesellschaft auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

In seiner von **Toni Vidan** und **Christophe Quarez** erarbeiteten einschlägigen [Stellungnahme](#), die auf der April-Plenartagung verabschiedet wurde, zieht der EWSA auf der Grundlage des von der Europäischen Kommission im November 2017 vorgelegten Dritten Berichts zur Lage der Energieunion eine Bilanz der Fortschritte.

Die organisierte Zivilgesellschaft muss aktiv und dauerhaft eingebunden werden. Für einen effektiven Energiedialog sind gemeinsame Anstrengungen aller EU-Institutionen und ihrer Mitglieder, sowohl in Brüssel als auch vor Ort in den Mitgliedstaaten, nötig, um die Vorteile und Fragestellungen der Energieunion zu erörtern, die Bürger in die Planung der Energiewende einzubeziehen und öffentliche Debatten über Vorstellungen von der Energiezukunft in Europa zu veranstalten.

Der EWSA unterbreitet praktische Vorschläge zur Bewältigung der bestehenden Probleme: einen Sozialpakt für eine bürgergetriebene Energiewende, einen Europäischen Energieinformationsdienst, einen Europäischen Fonds für die Anpassung an die Energiewende und

Kampf um gleiche Löhne und Gehälter lässt sich am besten durch die Enttarnung von Stereotypen gewinnen



Der EWSA unterstützt die Bemühungen der Kommission zur Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles von 16,3 % in der EU, schlägt allerdings weitere Maßnahmen vor, um insbesondere tief verwurzelte soziale und kulturelle Stereotype, welche die Ausbildungs- und Berufswahl von Frauen bestimmen, zu enttarnen.

In seiner [Stellungnahme](#) zu dem [Aktionsplan der Kommission zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles](#) hebt der EWSA zudem die Bedeutung von Lohntransparenz und Vergütungsprüfungen in Unternehmen hervor. Darüber hinaus fordert er die Kommission auf, von nun an individualisierte Daten zu erheben, um genauere Statistiken über Frauenarmut zu erstellen. Diese bleibt oft verborgen, da die Daten pro Haushalt und nicht individuell erhoben werden.

Genauere Daten zu den Löhnen würden fundiertere Verhandlungen ermöglichen, die von enormer Bedeutung sind.

„Die Sozialpartner spielen hierbei eine entscheidende Rolle, denn Schätzungen zeigen, dass das Lohngefälle bei einer Ausweitung des sozialen Dialogs um ein Prozent um 0,16 Prozent sinkt“, erklärte die **Berichterstatterin Frau Demelenne**.

Die Mitberichterstatterin für die Stellungnahme, **Vladimira Drbalová**, betonte, dass es dann größere Fortschritte geben wird, wenn Frauen in besser bezahlte Bereiche wie Wissenschaft, Informations- und Kommunikationstechnologien, Verkehr oder Bauwesen vordringen.

Nach Ansicht des EWSA spielen die Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle, da sie mehr Kinder- und Altenbetreuungseinrichtungen bereitstellen müssen, um so die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu verbessern.

Sollten die Maßnahmen der Kommission bis Ende 2019 keine Wirkung zeigen, wird der EWSA sie ggf. zu verbindlicheren Maßnahmen – darunter möglicherweise auch Sanktionen – auffordern. (II)

Die Stärkung der europäischen Energienetze ist maßgebliche Voraussetzung für die Energieunion



Ein stärkerer europäischer Energienetzverbund ist eine Voraussetzung für eine europäische Energieunion. Ausbau und Integration der europäischen Energienetze sind entscheidend dafür, dass die Energiesysteme in Europa ihren Zweck erfüllen können: die Menschen in Europa auf wettbewerbsfähige Weise mit erschwinglicher, sicherer und nachhaltiger Energie zu versorgen.

In seiner einschlägigen, von Berichterstatter **Andrés Barceló Delgado** verfassten [Stellungnahme](#), die auf der April-Plenartagung verabschiedet wurde, begrüßt der EWSA die Kommissionsmitteilung über die Stärkung der Energienetze in Europa und weist darauf hin, dass die finanzielle Unterstützung durch die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) EU-weit die Entwicklung einer steigenden Zahl von Projekten ermöglicht hat.

Herrn Barceló Delgado zufolge bleibt noch viel zu tun. „Das für 2020 festgelegte Verbundziel von 10 % kann in verschiedenen Mitgliedstaaten nicht erreicht werden. Die dem zugrunde liegenden Schwierigkeiten (komplexe Verwaltungsverfahren, politische Implikationen, Finanzierung, fehlende gesellschaftliche Akzeptanz) sind noch nicht behoben und können das Erreichen der Ziele für 2030 gefährden,“ warnte er.

Der EWSA unterbreitet deshalb diverse Empfehlungen zu verschiedenen ungelösten Fragen und spricht sich u. a. für bessere Analysen, eine frühzeitige umfassende Einbindung der Interessenträger und eine Aufstockung der Haushaltsmittel aus. (mp)

Hochwertige Berufsausbildungen in Europa: ein Mitspracherecht für die Auszubildenden!



An der Gestaltung der Ausbildungssysteme sollten die unmittelbar Betroffenen – die Auszubildenden selbst und ihre Organisationen – aktiv beteiligt werden. Dies ist der wichtigste Vorbehalt, den der EWSA in Bezug auf den vorgeschlagenen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen vorzubringen hat. Dieser wird nach Auffassung des EWSA im Übrigen zu EU-weit höheren Standards beitragen.

Jugend- und Elternorganisationen, Studierendenverbände und die Auszubildenden selbst werden nicht automatisch als Akteure bei der Gestaltung von Ausbildungen angesehen, sind aber die Hauptbegünstigten solcher Systeme und sollten daher ein Mitspracherecht bei ihrer Konzipierung, Verwaltung und Umsetzung haben. So lautet der Standpunkt des EWSA in einer [Stellungnahme](#), die er am 19. April zu dem Vorschlag für eine [Empfehlung des Rates zu einem Europäischen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen](#) verabschiedete.

Die Einbindung der Sozialpartner ist in dem Vorschlag vorgesehen und von grundlegender Bedeutung. Aber auch die Unterstützung der erwähnten weiteren wichtigen Akteure muss dem EWSA zufolge gesichert werden, der bei der Festlegung seines Standpunkts die Sachkenntnis des Europäischen Jugendforums herangezogen hat.

Durch eine Berufsausbildung lässt sich jedoch das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen. Eine Ausbildung kann zwar die

Beschäftigungschancen verbessern, doch ist die Arbeitslosigkeit ein komplexes Problem, das aus unterschiedlichen Blickwinkeln angegangen werden muss, betont der EWSA.

Insgesamt begrüßt der EWSA den Vorschlag, da er ein gemeinsames Verständnis dessen beinhaltet, was eine hochwertige Berufsausbildung ausmacht, und ihre wesentlichen Elemente auflistet: ein schriftlicher Vertrag, Entlohnungsvorschriften, Zeit am Arbeitsplatz, Sozialschutz, Sicherheit und Gesundheitsschutz usw.

Die Unterstützung für KMU für die Bereitstellung hochwertiger Ausbildungsplätze wird vom EWSA ebenso begrüßt wie die transnationale Mobilität von Auszubildenden.

Der EWSA bietet an, die Umsetzung des neuen Rahmens in den Mitgliedstaaten aus der Perspektive der organisierten Zivilgesellschaft zu überwachen.

Bei der Entwicklung neuer Mobilitätsformen müssen die Bürgerinteressen bedacht werden



Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) appelliert nachdrücklich an die Europäische Kommission, den Verbrauchern zielstrebig den Zugang zu erschwinglichen neuen, saubereren Formen der Mobilität zu erleichtern, und fordert eine stärkere finanzielle Förderung des öffentlichen Verkehrs. Auf seiner Plenartagung von vergangener Woche verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme zur *Verwirklichung emissionsarmer Mobilität*, in der er sich mit den Überlegungen der Europäischen Kommission auseinandersetzt, wie am besten eine Senkung der Straßenverkehrsemissionen herbeigeführt werden kann.

Berichterstatler **Ulrich Samm** weist darauf hin, dass der von der Kommission vorgegebene, allgemeine technologieneutrale Ansatz im Rahmen der verschiedenen Initiativen nicht konsequent verfolgt wird. Der EWSA empfiehlt deshalb, eher einen flexibleren Ansatz als bspw. feste Emissionsgrenzwerte oder Beschaffungsvorgaben zu Grunde zu legen. Er betont ferner, dass die Kommission ihr Augenmerk nicht nur auf neue Technologien wie Elektrofahrzeuge, sondern auch auf das umfassende Potenzial für Verbesserungen der Bestandsflotte richten sollte. (ia)

EBI-Tag: Wichtig ist eine echte Bürgerbeteiligung



Vor sechs Jahren wurde die Europäische Bürgerinitiative (EBI) aus der Taufe gehoben, die seitdem immer wieder Anlass zu konstruktiver Kritik und Forderungen nach Verbesserungen gegeben hat, insbesondere vonseiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) und anderer Institutionen. Nun hat die Europäische Kommission endlich Änderungen dieses wichtigen Instruments der partizipativen Demokratie vorgeschlagen.

Auf dem 7. EBI-Tag des EWSA präsentierte der Erste Vizepräsident der Kommission, **Frans Timmermans**, die wichtigsten Neuerungen, darunter die Senkung der Altersgrenze für die Teilnahme von 18 auf 16 Jahre sowie die Vereinfachung der Anforderungen in Bezug auf die für die Unterzeichnung nötigen Daten.

Der EBI-Tag 2018 stand unter dem Motto **Zusammenarbeiten**, das den Wert der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Verantwortung für die Förderung einer aktiven Bürgerschaft unterstreichen soll.

EWSA-Präsident **Georges Dassis** begrüßte die Kommissionsinitiative als großen Fortschritt mit Blick auf die Vereinfachung und Reduzierung des Verwaltungsaufwands, bedauerte jedoch, dass die Folgemaßnahmen in dem aktuellen Vorschlag zu kurz kämen. „Erfolgreiche Europäische Bürgerinitiativen müssen Auslöser für einen Dialog und geeignete Folgemaßnahmen auf EU-Ebene sein“, so die Forderung des Präsidenten.

Der neue EWSA-Präsident **Luca Jahier** wies in seinem Impulsreferat auf die Bedeutung von Artikel 11 EUV hin, wonach die Organe der Europäischen Union rechtlich verpflichtet sind, die Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger anzuhören und in Dialog mit ihnen zu treten. „Eine gut funktionierende EBI sollte die Teilhabe der Bürger fördern und ihnen eine Stimme geben, sie sollte ihr Zusammengehörigkeitsgefühl und ihre Identität stärken. Sie sollte dazu beitragen, Vertrauen wiederherzustellen und die dem europäischen Aufbauwerk innewohnende Solidarität wiederzubeleben. Der EWSA hat seine Position zur EBI deshalb stets klar und deutlich vorgebracht.“

In drei Workshops brachten die Teilnehmer durchgehend ihren Wunsch nach einer EU zum Ausdruck, die stärker auf Teilhabe ausgerichtet ist, und forderten die Spitzenpolitiker der EU und der einzelnen Mitgliedstaaten auf, ihren Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören. (sma)

Umdenken in Sachen Plastik: Verhaltensänderungen setzen eine solide Rechtsgrundlage und sinnvolle Alternativen voraus

Cillian Lohan, EWSA-Mitglied und Mitglied der Europäischen Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft, sagte auf einer vom EWSA organisierten Anhörung zur **Europäischen Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft**, dass Technologie allein nicht ausreicht, um einen Wandel herbeizuführen. Diese müsse vielmehr mit tiefgreifenden Verhaltensänderungen einhergehen. Er zeigte sich davon überzeugt, dass wir „Verhaltensänderungen voranbringen können, wenn wir gute und erschwingliche Alternativen bieten“. Eine Veränderung unserer Verbrauchsmuster sei von ausschlaggebender Bedeutung dafür, was wir in Zukunft erreichen werden. Mit Blick auf den notwendigen Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft hält er es „in Bezug auf übermäßigen Verbrauch und Abfallaufkommen für zwingend, vom Konzept des *Verbrauchers* weg hin zu einem Konzept des *Nutzers* zu gelangen“.

Diese wichtige Fragen wurden von Experten verschiedener Fachgebiete erörtert, und die zentralen Ergebnisse werden als



maßgeblicher Beitrag der Zivilgesellschaft in die EWSA-Stellungnahme zu besagter Strategie und der entsprechenden Richtlinie einfließen.

Aktuelles aus den Gruppen

EWSA-Plenartagung: Gedenken an den 75. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto



von der Gruppe Arbeitgeber des EWSA

Auf seiner Plenartagung gedachte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss mit einer Schweigeminute des 75. Jahrestags des Aufstands im Warschauer Ghetto – des größten bewaffneten Widerstandsakts von Juden im Zweiten Weltkrieg.

Als Zeichen der Erinnerung an den Aufstand steckten sich die Mitglieder des EWSA gelbe Narzissen aus Papier an. Solche symbolischen Papierblumen wurden am selben Tag auch auf den Straßen Warschaus (Polen) verteilt.

„Es ist paradox: Je länger die Europäerinnen und Europäer in Frieden und Wohlstand leben, desto weniger erinnern sie sich an das übergeordnete Ziel, das mit der Schaffung der EU verbunden war. Für die Gründerväter der EU lautete es: ‚Nie wieder Krieg!‘“, erklärte Jacek

P. Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber und Initiator der Gedenkakte. Er fügte hinzu: „Diese gelbe Narzisse steht nicht nur für die Kriegsoffer. Sie sollte auch ein Sinnbild für den Widerstand gegen jeden Versuch sein, die Gemeinschaft zu spalten, Menschen durch Mauern zu trennen und sie ihrer Herkunft nach aufzuteilen.“

In seiner Rede appellierte Jean-Pierre Haber, Gründungsmitglied des CEJI (Centre européen juif d'information) an sämtliche Vertreter der europäischen Zivilgesellschaft, sich dafür einzusetzen, dass alle Bürger in einem freien und friedlichen Europa leben können.

Historiker schätzen, dass in den 20 Tagen, die der Aufstand und die brutale Beseitigung des Ghettos dauerten, 7 000 Juden noch im Ghetto selbst getötet, weitere 7 000 in das Vernichtungslager Treblinka geschickt und 36 000 in Arbeitslager deportiert wurden. (lj)

Zeit für Veränderung in Gruppe III



Am 18. April wurde Arno Metzler offiziell zum Vorsitzenden der Gruppe III für die Mandatsperiode 2018-2020 gewählt.

Seit 1983 ist er Anwalt mit eigener Kanzlei in Deutschland, und seit 2002 vertritt er die deutschen freien Berufe im EWSA. Bevor er Gruppenvorsitzender wurde, war er als stellvertretender Vorsitzender für KMU, freie Berufe und die Geschäftsordnung zuständig.

Er ist ein großer Europafreund und glaubt an die Vorzüge der EU als ergänzende Steuerungs- und Identitätsebene. Er hält es für unerlässlich, viel Energie für die Vermittlung Europas und seiner Werte der Toleranz, Pluralität und Inklusion aufzuwenden.

Angesichts der Tatsache, dass Vielfalt eine der Stärken unserer Gruppe ist, bestand eine seiner ersten Entscheidungen als Vorsitzender in der Änderung ihres Namens von „Gruppe Verschiedene Interessen“ in **Gruppe Vielfalt Europa**: „eine neue Bezeichnung, die klarer

und eingängiger ist und unseren Stolz auf unsere Vielfalt veranschaulicht“.

Bekämpfung von Vorurteilen und Populismus durch Verantwortung und Vielfalt – so lautet eine der Hauptprioritäten seiner Amtszeit. Es wurde bereits eine Studie über die Zunahme von Populismus in Gebieten außerhalb von Ballungszentren in Auftrag gegeben. Sie soll es dem EWSA erleichtern, die Faktoren, die die Attraktivität von Populismus für die Öffentlichkeit beeinflussen, und die Mittel zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Bekämpfung von Populismus besser zu begreifen, um deren Tätigkeiten stärker zu unterstützen. Die Ergebnisse der Studie sollen auf einer Konferenz der Gruppe im Oktober in Österreich vorgestellt werden. Im Fokus der Amtszeit von Herrn Metzler werden auch **die Bekämpfung von Vorurteilen und die Förderung von Vielfalt durch Bildung** stehen.

Bei seiner Arbeit erhält er in den nächsten zweieinhalb Jahren Unterstützung von sieben neu gewählten Vizepräsidenten: B. MILTOVIČA (LV), K. BALON (PL), S. BOLAND (IE), A. GAJDOSIK (AT), M. MACIULEVICIUS (LT), P. TRANTINA (CZ) und I. VARDAKASTANIS (EL). (ih)

Arbeit, neue Beschäftigungsformen und Arbeitsbedingungen

Von der Gruppe Arbeitnehmer

Die Beschäftigungszahlen sind ständig in den Schlagzeilen. Fast genauso wichtig wie die Beschäftigtenzahlen sind jedoch die



Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Dies gilt insbesondere für die jüngsten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, für die [Urteile](#) des EuGH benötigt wurden, um z. B. festzustellen, dass Uber-Fahrer Beschäftigte und nicht Selbstständige sind.

Das Konzept der „Arbeitsbedingungen“ ist vielschichtig und umfasst Dimensionen wie Entgelt, Arbeitszeiten, Sicherheit und Gesundheitsschutz, Sozialleistungen, besondere Aufgaben usw.; hierzu zählen „Probezeiten“, die in manchen Fällen nicht mehr ihrem eigentlichen Zweck dienen, sondern nur noch billige und flexible Arbeitskräfte bereitstellen. Trotzdem ist es immer noch wichtig, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese Bedingungen im Voraus kennen und verstehen – was nicht immer leicht ist –, und dass sie

über Änderungen möglichst umgehend unterrichtet werden und so planen können.

Zu diesem Zweck hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung vorgelegt, um einen kohärenten Rahmen für diese Unterrichtungspflicht gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu entwickeln. Der Vorschlag hat jedoch noch einige Schwachstellen, wie etwa der Geltungsbereich seiner Definition eines Arbeitnehmers bzw. einer Arbeitnehmerin. Die rasche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat zum Entstehen einer Vielzahl unterschiedlicher „neuer Beschäftigungsformen“ geführt, wie etwa Arbeit auf der Grundlage von Gutscheinen und über Online-Plattformen, die mit ihren atypischen Beschäftigungsverhältnissen nicht von der herkömmlichen Definition von Beschäftigten abgedeckt werden.

Dies beschränkt sich jedoch natürlich nicht auf die „neuen Beschäftigungsformen“: atypische Arbeitsverträge wie Null-Stunden-Verträge und entsandte Arbeitnehmer sowie Hausangestellte gibt es schon lange, und den meisten von ihnen mangelt es an Planbarkeit in Bezug auf die Arbeitsbedingungen und somit auch an der praktischen Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Planbarkeit ermöglicht ferner die Vereinbarkeit von Arbeit und Studium oder die Ausübung einer anderen Teilzeitbeschäftigung.

In all diesen Fällen sind Tarifverhandlungen der entscheidende Faktor für die Sicherstellung angemessener Arbeitsbedingungen, weswegen der einschlägige Verweis in dem Vorschlag begrüßt wird. Vor allem weil diese „flexiblen“ Bedingungen mit der Ausbreitung neuer Beschäftigungsformen immer häufiger werden, werden klare und inklusive Definitionen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebraucht, um dafür zu sorgen, dass strenge Bestimmungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den neuen Beschäftigungsformen nicht umgangen werden und dass die neuen Realitäten (wie etwa das lebenslange Lernen und damit verbundene Fortbildung, deren Kosten vom Arbeitgeber übernommen werden) für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine zusätzliche Belastung bedeuten.

Redaktion:

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Gesamtkoordinierung:

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Beiträge zu dieser Ausgabe von:

Daniela Marangoni (dm)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Indre Anskaityte (ia)
Isabelle Henin (ih)
Jasmin Kloetzing (jk)
Jonna Pedersen (jp)
Laura Lui (ll)
Leszek Jarosz (lj)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanis (mg)
Pablo Ribera Paya (prp)
Siana Glouharova (sg)
Silvia M. Aumair (sma)

Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr

anlässlich der EWSA-Plenartagungen.

EWSA info wird in 23 Sprachen

veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

Nächste Ausgabe: Juli 2018

Mai 2018/5

07-2018